



SOS NICARAGUA EUROPA

LA NEWSLETTER
MARZ 2021 - DE



Source: Artículo 66

WAHLEN IN NICARAGUA: JETZT ODER NIE

MÄRZ 2021

Die Nicaraguaner*innen versuchen, sich durch die sich verschlechternde Menschenrechtslage, die sich ebenfalls verschlechternde wirtschaftliche Situation und die Pandemie zu navigieren, und einen friedlichen Ausweg aus der soziopolitischen Krise zu finden. Es ist noch nicht sicher, dass der Diktator Wahlen zulässt oder ob die Opposition daran teilnimmt. Es ist zu befürchten, dass die Repressionen weiter zunehmen werden. Aber Wahlen sind im Moment die einzige verfügbare friedliche Möglichkeit, die nach Meinung der Mehrheit der Bevölkerung angestrebt werden sollte.

NICARAGUA: NACHRICHTEN



Verschiedene oppositionelle Stimmen haben sich zu Wort gemeldet:

"Die Europäische Union, das Europäische Parlament sowie die Länder der Europäischen Union müssen eine klare Botschaft an Ortega senden: Sie werden keine Regierung anerkennen, welche aus betrügerischen Wahlen hervorgegangen ist. Diese Institutionen und Länder sollen einer Regierung, die nicht dem freien Willen des Volkes entspricht, keine Legitimität gewähren.

15. März 2021: Sitzung der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Mittelamerikas des Europäischen Parlaments zu Nicaragua - Wann wird der Europäische Rat Sanktionen verhängen?

Am 15. März 2021 führte die Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Zentralamerikas des Europäischen Parlaments zusammen mit dem Unterausschuss für Menschenrechte einen Meinungsaustausch "über die politische und menschenrechtliche Situation in Nicaragua im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen" durch. Beteiligt waren die Europaabgeordnete, Michelle Bachelet, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, sowie Vertreter*innen der nicaraguanischen Opposition und des Menschenrechtskollektivs Nicaragua Plus Jamais.

Die eingeladene Botschafterin Nicaraguas bei der Europäischen Union, Irana Venerio Fernández, lehnte die Teilnahme an dem Treffen ab. Dies ist ein weiteres Zeichen für die hartnäckige Weigerung des Ortega-Murillo-Regimes, sich mit der Opposition auseinanderzusetzen, sowie für die wachsende Isolation Nicaraguas in der Welt.

Alle Redner*innen, sowohl die Abgeordneten als auch die nicaraguanischen Vertreter*innen, waren sich einig, dass trotz wiederholter Warnungen der Europäischen Union, der USA, des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sich die Lage der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten keineswegs verbessert, sondern weiter verschlechtert hat, und dass die vom Regime gemachten Zusagen bezüglich einer Wahlreform wertlose Buchstaben geblieben sind.

Wir können nur hoffen, dass dieses Treffen eine Auswirkung haben wird auf die der Verhängung von EU-Sanktionen gegen Regimevertreter. Dies würde der Resolution des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 2020 entsprechen, in dem das Europäische Parlament den Europäischen Rat der Außenminister aufforderte, schnell Personen und Einrichtungen auf seine Sanktionsliste zu setzen, einschließlich des Präsidenten und der Vizepräsidentin. Dabei sollte besonders darauf geachtet werden, dass dem nicaraguanischen Volk kein Schaden zugefügt wird.

Fünf Monate später hat der Europäische Rat immer noch nicht zu diesem Thema getagt. Seither haben mehrere Treffen stattgefunden, und Nicaragua wurde immer noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt... Wird das nächste Mal der richtige Zeitpunkt sein? Erinnern wir uns daran, dass die USA derzeit 28 Funktionäre des Regimes sanktioniert haben (darunter Rosario Murillo und zwei Söhne des Ehepaars Ortega-Murillo), während die Europäische Union bisher nur 6 Personen sanktioniert hat.

NICARAGUAS OPPOSITION GESPALTEN, ABER EINIGUNGSBEMÜHUNGEN WACHSEN

Im Vorfeld der Wahlen sind über Nacht eine Reihe von Präsidentschaftskandidaten aufgetaucht, die jeweils ihren eigenen Weg zur Lösung der Krise präsentieren. Einer dieser Kandidaten ist Arturo Cruz, ehemaliger Botschafter des Diktators Ortega in den USA. Er startete seine Kandidatur mit der Unterstützung der Bürgerallianz (AC) und der Partei Bürger für Freiheit (CxL). Arturo Cruz' Vorschlag ist es, "Vereinbarungen" mit der Diktatur zu treffen, unter anderem in der Frage der Gerechtigkeit oder Aufarbeitung und Ahndung der Straftaten.

In Nicaragua nennen wir das eine "weiche Landung". Andere Kandidaten schlagen einen "würdigen" Abgang der Diktatur vor. Natürlich hat diese Art von Vorschlägen, die weit von der Realität des Leidens des Volkes sowie der Werte, welche klar aus den Ereignissen im April 2018 hervorgegangen sind, entfernt sind, einen Aufruhr ausgelöst und behindert die ersehnte Einheit der Opposition, die der Schlüssel zum Sieg über Ortega ist.



So bleibt die Opposition in zwei Blöcke gespalten: das Bürgerbündnis, bestehend aus der Bürgerallianz für Gerechtigkeit und Demokratie, und der Nationalen Koalition (CN).

Der zweite Block, die Nationale Koalition (CN), wird von der Nationalen Blau-Weißen Einheit (UNAB) gebildet, der eine Reihe von Organisationen angehören, u.a. die Bauernbewegung, die Demokratische Kraft Nicaraguas (FDN), die Reflexionsgruppe der Ex-Häftlinge, die indigene Partei Yatama, die Partei der Demokratischen Wiederherstellung (PRD) und die Gewerkschaft der Magistratur. Ein dritter Block könnte sich mit der Präsidentschaftskandidatur von Medardo Mairena für die Bauernbewegung bilden, die die Nationale Koalition verlassen könnte.

Cristiana Chamorro, ebenfalls Präsidentschaftskandidatin, forderte ihrerseits die beiden Blöcke auf, "Zugeständnisse zu machen", um eine Einigung zu erreichen. Sie deutete an, dass sie das Zustandekommen eines Abkommens abwarten würde, bevor sie in dieser politischen Landschaft eine Position einnimmt.

CXL POINTÉ DU DOIGT



Am selben Tag zeigte die ehemalige Widerstandskämpferin und sandinistische Dissidentin Dora María Téllez öffentlich mit dem Finger auf die CxL-Parteipräsidentin Kitty Monterrey und beschuldigte sie, die Einheitsbemühungen gegen Ortega zu behindern:

"Ich habe Kitty Monterrey monatelang zugehört, wie sie einen Vorwand nach dem anderen gefunden hat, um in der Einigung der Opposition nicht voranzukommen", sagte Téllez, die CxL als "Teil des Problems und nicht Teil der Lösung" bezeichnete.

Sie erinnerte auch daran, dass die CxL die einzige Oppositionsgruppe sei, die sich geweigert habe, ein Abkommen über Wahlreformen in Nicaragua zu unterzeichnen, auf welches die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) seit 2016 drängt und für dessen Abschluss sie eine Frist im Mai 2021 gesetzt hat.

Die Goodwill-Kommission berichtet über einen gleichen Eindruck: Die CxL zeigt keine Bemühungen, die Einheit der Opposition zu wollen und zu fördern.

Monterrey hatte bereits bei der Gründung der Bürgerallianz im Januar argumentiert, dass sie nur ihre eigene Partei und die Nationale Koalition anerkenne und die UNAB "nicht existiere". Die Differenzen zwischen den Kontrahenten kommen acht Monate vor den nicaraguanischen Wahlen, bei denen Ortega eine 42 Jahre lange fast absolute Vorherrschaft in der nicaraguanischen Politik ausspielt.

WELCHE ANSTRENGUNGEN ZUR EINHEIT?

Die Goodwill-Kommission stellt klar, dass sie "die Strategie der Zusammenführung der demokratischen Blöcke der Opposition" durch eine Arbeitssitzung mit verschiedenen Bürgerinitiativen anpasst. Die NGO Hagamos Democracia hat angekündigt, dass sie gleiche Bemühungen zur Einigung in Angriff nimmt. Es sei daran erinnert, dass Hagamos Democracia hinter dem Dokument der Unterstützung für einen einzigen Oppositionskandidaten, gewählt durch eine Bürgervorwahl, steht. Dieses Vorgehen wurde von den meisten Vorkandidaten unterzeichnet.

Am 26. März 2021 trafen sich die Präsidentschaftskandidaten Miguel Mora (PRD), Félix Maradiaga (UNAB), Juan Sebastián Chamorro (AC) und George Henríquez (YATAMA), um über die Bedeutung von Einigkeit und Wahlreformen zu sprechen. Durch eine Facebook-Live-Schaltung wollten sie die Bevölkerung beruhigen, indem sie das gute Verständnis zwischen ihnen sowie ihre Offenheit und ihren Willen, eine gemeinsame Basis für die Unterschiede zu finden, zeigten. Sie drückten ihre Übereinstimmung in den vier Schlüsselthemen aus: die Freilassung der politischen Gefangenen, die Achtung und Gewährleistung der öffentlichen Freiheiten, die sichere Rückkehr der Exilanten und Wahlreformen. Sie forderten die NC und die AC auf, sich zu treffen und bedingungslos über die Einheit zu diskutieren.

MENSCHENRECHTSKRISE:

Gewalt gegen Frauen verschlimmert sich in Nicaragua

Laut dem Bericht der Organisation Catholics for the Right to Decide (CDD) hat in Nicaragua geschlechtsspezifische Gewalt bis zum 3. März 2021 zwölf Frauen das Leben gekostet. Die Gewalt gegen Frauen ist staatlich, gerichtlich und gesellschaftlich. Es gibt viele aktuelle Fälle wie z.B.:

- Die Freilassung des Mörders von Katring Lopez,
- Die Ermordung von Lala, die gefesselt und von einem Pferd vierhundert Meter weit geschleift wurde, weil sie eine Transgender-Frau war.
- In jüngerer Zeit wurde das Mutterschaftsgeld durch das Sozialversicherungsinstitut für Frauen im Rahmen des freiwilligen Versicherungssystems abgeschafft

"Das ist ein gewalttätiger Schlag und eine Einschränkung der Rechte (...) Es ist eine Aktion gegen Frauen, die von öffentlichen Gesundheitsdiensten abhängig sind, es ist ein Schlag gegen die Rechte, gegen das Recht der Frauen auf Gesundheit",

sagte die Aktivistin Marta Meneses von der nicaraguanischen Feministischen Bewegung.

Ganz zu schweigen vom Missbrauch der reproduktiven und sexuellen Rechte, der ein zentrales und politisiertes Thema ist. Frauen sind diejenigen, die am wenigsten darüber reden, aber sie sind es, die unter den Entscheidungen anderer leiden.

Die Rechte der Frauen sind natürlich auch Teil der Erwartungen an die Präsidentschaftskandidaten, aber keiner der Kandidaten hat eine zufriedenstellende Antwort gegeben. Alle sind zweideutig oder, schlimmer noch, nehmen sektiererische Positionen ein, die weit von den Realitäten der nicaraguanischen Frauen entfernt sind.

Nicaragua hat die zweithöchste Rate an Teenagerschwangerschaften in Lateinamerika, mit vierzehn Geburten auf hundert von Frauen. Kinderehen, frühe und erzwungene Eheschließungen machen laut UNICEF mehr als 30% der Frauen zwischen 20 und 24 Jahren aus.

Menschenrechtskrise: Wiederholte Übergriffe auf indigene Gemeinschaften

Sukzessive hat SOS Nicaragua Frankreich Alarm geschlagen und über die Behandlung der indigenen Bevölkerung in Nicaragua berichtet. Mehrere Indigene wurden von Siedlern, die von der Regierung geschickt wurden, angegriffen, mit Schrotflinten erschossen und dann ihres Landes beraubt. In den letzten Monaten hat sich ihre Situation nicht verbessert, im Gegenteil. Nach den beiden verheerenden Wirbelstürmen im letzten Herbst, welche Häuser sowie landwirtschaftliche und zum Fischfang nötige Gerätschaften zerstörten, kommen nun die ständigen Schikanen der Behörden, verbunden mit dem Mangel an Nothilfe zum Überleben. Die Gemeinden stehen hilflos vor der vom Zentralstaat beschlossenen Aufgabe des Landraubs.

Einige Verbände und NGOs bemühen sich, ihre Notlage bekannt zu machen, aber diese Bemühungen werden durch die von der Regierung auferlegte Zensur zunehmend erschwert.

Das Medienunternehmen Infobae warnt vor der Nahrungsmittelkrise, unter der die indigene Bevölkerung leidet. Die Krise wird durch die Invasion von bewaffneten Personen und Siedlern im Nordwesten des Landes verursacht. Betroffen sind vor allem die Gemeinden der Miskito- und Mayangan-Indigenen. So kommt es, dass sich Nicaragua nach fünf Jahren Abwesenheit im Jahr 2021 wieder in einem Gerichtssaal des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (IACHR) wiederfindet. Die Anklage mehrerer NGOs hat zur Eröffnung einer Anhörung mit der nicaraguanischen Regierung als Hauptbeklagten geführt. Der Zweck dieser Anhörung ist die Klärung zahlreicher Verstöße gegen indigene Gemeinschaften. Die anklagenden NGOs behaupten, diese Übergriffe dokumentiert zu haben, darunter auch dreizehn Morde im Jahr 2020.

UPDATE ZUR WIRTSCHAFT DES LANDES

Unsicherheit und Unruhe machen sich bei den Wirtschaftsakteuren Nicaraguas allmählich breit, denn die Neuwahlen rücken näher. Robert Vinelli, Präsident der Föderation der Industriekammern und -verbände Zentralamerikas und der Dominikanischen Republik, plädiert in einem Interview mit der Zeitung El Confidencial für die Fähigkeit der Region zur wirtschaftlichen Entwicklung. Er sagte, dass die verschiedenen Länder und Akteure koordiniert handeln müssen, um alle Vorteile, die die Region hat, auszunutzen.

Diese Bereitschaft, gemeinsam zu handeln, basiert auf der Skizzierung von drei gleichzeitigen Agenden: die intelligente Wiedereröffnung der Volkswirtschaften, die wirtschaftliche Reaktivierung und schließlich der Wiederaufbau. Er erinnert uns jedoch daran, dass wir nicht "unsere Wachsamkeit senken" dürfen, weiterhin Biosicherheitsmaßnahmen anwenden und die Bürger*innen impfen müssen.

Die Situation im Zentrum Zentralamerikas und an den Handelsrouten stellt ein Problem für die Sicherheit der Handelsbeziehungen zwischen den verschiedenen Regionen des Kontinents dar. Allerdings geht es einigen Sektoren sehr gut.

CDies gilt insbesondere für den Exportsektor Bergbau. In der Tat hat die nicaraguanische Bergbaukammer angekündigt, dass sie Rohgold im Wert von 750 Millionen Dollar exportieren will, was einer Steigerung von 12,5 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dieser Anstieg erklärt sich aus dem um 25,5 % gestiegenen Preis für Rohgold auf dem internationalen Markt, was diese Ressource zum führenden Exportprodukt aus Nicaragua macht, noch vor Kaffee und Rindfleisch.

Die nationale Industrie ihrerseits ist in schlechter Verfassung. Neben der ständigen Verletzung ihrer Rechte durch die Regierung ist die Branche mit einem Mangel an Rohstoffen konfrontiert. Die lokale Produktion von Kunststoff ist in Gefahr und erlaubt keine regelmäßige Versorgung mit dem Material. Die Hauptauswirkung ist ein Anstieg der Preise. Das wenige verfügbare Material kostet mehr als das Doppelte und wird immer teurer. Angesichts dieser wirtschaftlichen Herausforderungen handelt die Regierung immer noch nicht und lässt die Unternehmer*innen im Stich. Hilfe ist nicht vorgesehen, obwohl die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration (CABEI) der nicaraguanischen Regierung eine Finanzierung gewährt hatte, um den Untergang der Wirtschaft des Landes zu verhindern.

Cette audience a pour but l'éclaircissement de nombreuses atteintes à l'encontre des communautés indigènes. Les ONG dénonciatrices affirment avoir documenté ces atteintes, notamment les treize assassinats perpétrés en 2020.

Ayant pour titre « **L'impact de la colonisation en territoires indigènes sur la côte caribéenne du Nicaragua** », l'audience doit conclure à la responsabilité de l'Etat dans le manque de protection et la multiplication des projets miniers dans ce secteur géographique.

International

Immer mehr Bürgervertreter*innen und NGOs schlagen Alarm über die Menschenrechtssituation in Nicaragua. In diesem Zusammenhang hat der UN-Menschenrechtsrat in der letzten Märzwoche eine Resolution verabschiedet, in der die Repression, die wiederholten gewalttätigen Angriffe und die feindseligen Einschüchterungsversuche der ortestischen Regierung verurteilt werden. Der Rat arbeitet auch an einer Forderung nach einer dringenden Wahlreform.

Der kolumbianische Jurist Ramón Muñoz, Direktor des Internationalen Menschenrechtsnetzwerks (RIDH), sagt, dass große Besorgnis darüber besteht, dass Nicaragua es nicht geschafft hat, die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen, insbesondere im Vorfeld der Wahlen ohne Garantien für Reformen und das Vorhandensein von Gesetzen, die die Teilnahme von Kandidaten verhindern oder die Anwesenheit in Wahllokalen einschränken könnten.

In der Resolution wird Michelle Bachelet aufgefordert, die Einhaltung der Menschenrechte in der Region genau zu überwachen.

Am 17. März 2021 wurde eine Studie der multidisziplinären Gruppe "Blue and White Observer" veröffentlicht, in der festgestellt wird, dass die Repressionspolitik der Regierung seit 2018 andauert und sich seither nicht abgeschwächt hat. Diese Politik wäre ein Schmelztiegel für viele weitere Gewalttaten gewesen, erklärte der Soziologe Cuadra gegenüber der Zeitung Clarín. Die Studie besagt, dass die Anzahl der Morde zwischen 2019 und 2020 um mehr als 87% gestiegen sind. Die allgemeine Gewalt hat sich durch die Straffreiheit verbreitet, die die Regierung für die Täter anwendet. Es sei daran erinnert, dass 2020 mehrere hundert «allgemeine» Häftlinge freigelassen wurden, um die Wählerbasis des amtierenden Präsidenten zu nähren.



Gesundheitskrise: Patienten ihrem Schicksal überlassen

Die nicaraguanische Regierung schweigt seit einiger Zeit über Covid-19-Fälle und die Auswirkungen der Varianten auf die Bevölkerung und das Land. Sie hat daher keine solide Grundlage, um die Covid-19-Infektions- und Sterblichkeitsraten zu interpretieren oder zumindest zu versuchen, sie zu interpretieren. Im vergangenen Monat erhielten die Institutionen des Landes Zuschüsse von der CIBE und dem IWF. Das Ziel dieser Zuschüsse war es, die Massnahmen gegen das Virus zu verbessern, aber die vom Bildungsministerium (MINED) getätigten Anschaffungen beinhalteten keine Materialien für eine effektive Bekämpfung der Pandemie. In der Tat wurden keine Masken, Gels oder Thermometer gekauft.

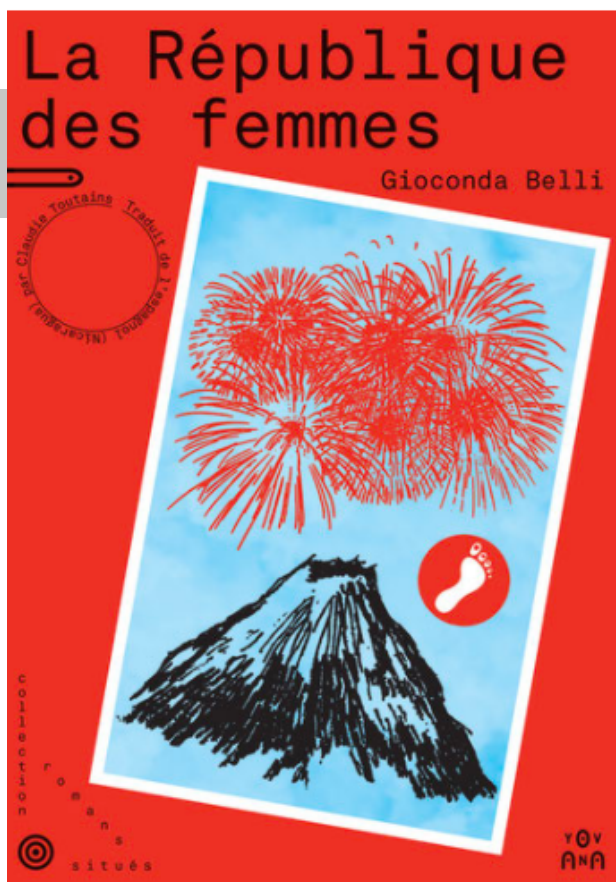
Angesichts dieses Mangels an Ressourcen sind die Gesundheitsdienste zunehmend überfordert. Das hat schmerzhaft Auswirkungen auf die Versorgung. Die Patienten finden sich isoliert und ihrem Schicksal überlassen. Die Informationen über das Virus bleiben unklar. Viele Bürger erkranken, ohne es zu erwarten und ohne zu verstehen, warum.

Angesichts dieser Pandemie und des Wiederauftretens der Fälle fordern die Angehörigen der Gesundheitsberufe über ihre Organisationen von der Regierung, dass sie vorrangig geimpft werden können, um die Kontinuität der Versorgung zu gewährleisten. Zur Erinnerung: Nicaragua wird von den Impfstoffen Sputnik V und AstraZeneca profitieren.

TRIKONTINENTALES ZENTRUM: DAS "SANDINISTISCHE" REGIME IST AUTOKRATISCH, NEOLIBERAL UND KONSERVATIV

In den 1980er Jahren hatte das Tricontinental Centre (CETRI) ein Auge auf die sandinistische Revolution in Nicaragua geworfen.

Warum das trikontinentale Zentrum das "sandinistische" Regime als "eine (...) - Centre tricontinental (cetri.be)



DIE REPUBLIK DER FRAUEN

Die kleine lateinamerikanische Republik Faguas wird von einem Attentat auf ihre Präsidentin Viviana Sansón erschüttert. Ins Koma gefallen, erlebt sie die Schlüsselmomente ihres Lebens und den kometenhaften Aufstieg ihrer Erotic Left Party, einem politischen UFO, das von einer Gruppe von Frauen gegründet wurde, die die jahrzehntelange Vernachlässigung durch Männer satt hatten. Ihre Kühnheit, Kreativität und eine helfende Hand aus dem Vulkan Mitre öffneten die Türen zur Macht. Die Präsidentin und ihre farbenfrohen Minister haben versprochen, das Land in neuem Glanz erstrahlen zu lassen und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu verwirklichen. Aber man kann alte Macho-Muster nicht aufbrechen, ohne dabei auf Widerstand zu stoßen... Wie die Frauen, die sie porträtiert, ist Gioconda Bellis politisches Abenteuer inspirierend und frech.

<https://www.editions-yovana.fr/romans-situes/la-republique-des-femmes/>
fbclid=IwAR3p2IXwopGnU75Pok0zRrLpwd6u1YrZYw9h7tajg
cqpmrA8VLiORV2GsQ

WHITE PAPER: Beweise für einen totalitären Staat: Menschenrechtsverletzungen an Nicaraguas öffentlichen Universitäten

Das Weißbuch ist ein kleines Buch voller realer Berichte von Betroffenen der Repression und zeigt, wie das Regime von Daniel Ortega unter Ausnutzung seiner Macht in der Exekutive und unter Einsatz seiner Polizei, Paramilitärs und politischen Akteure die Universitäten dazu benutzt hat, Student*innen zu vertreiben, zu verfolgen, zu belagern, zu inhaftieren und sogar zu ermorden - aus Rache dafür, dass sie im Jahr 2018 den friedlichen Aufstand der Bevölkerung im April angeführt haben.

Das Buch sammelt 21 Zeugnisse von Student*innen, die wegen ihrer Teilnahme an den Protesten, die im April 2018 ausbrachen, von den Universitäten verwiesen wurden. Ihre akademischen Unterlagen, auch ihre Noten, wurden aus den Computerdatenbanken der Universitäten gelöscht. Universitätsrektoren wie Ernesto Medina, Carlos Tunnerman und Freddy Quezada liefern einen historischen Abriss der universitären Autonomie, erzählen in diesem Buch aber auch, wie die Repression gegen Studenten national und international so weit verbreitet war, dass die Welt die barbarische Situation, die Universitätsstudenten im Rahmen der Repression unter der Regierung von Daniel Ortega erlebten, nachempfand. Wir alle müssen wissen, wie die universitäre Autonomie und das kritische Bewusstsein auch durch das Regime von Daniel Ortega und Rosario Murillo gekapert wurden.

The poster is for the presentation of the book 'Libro Blanco: Las evidencias de un Estado totalitario: Violaciones de los derechos humanos en las universidades públicas de Nicaragua'. It features a teal background with a white circular logo at the top left that reads 'FUNDACIÓN BLANCA ZAGGER EN DEFENSA DE LOS DERECHOS HUMANOS'. Below the logo are three circular portraits of the main speakers: Blanca Zagger (foundadora y presidenta de la fundación), Paulo Abrão (ex secretario ejecutivo de la Comisión Interamericana de Derechos Humanos), and Rosalia Miller (presidenta de Conexión Nica - USA y Nicaragua Freedom Coalition). To the right of these portraits is an image of the book 'Libro Blanco' with a cover showing a map of Nicaragua and the title. Below the book image, the date '29 de Marzo 2021' and time '9:00 HRS' are displayed. At the bottom, there are three more circular portraits of speakers: Alejandra Centeno, Christopher Robinson Olivas, and Lewis Artale Riquena. Below these are logos for various organizations including NAHRA, JPN, and others. On the right side, there is a QR code and text for joining the Zoom meeting: 'Unirse a la reunión Zoom: ID de reunión: 813 5924 3369 Código de acceso: 795992'.

<https://sosnicaraguaeuropa.eu/libroblanco>



**ERZÄHLEN SIE IHREN FREUNDEN
UND BEKANNTEN, WAS IN
NICARAGUA PASSIERT!**